

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

90 Rp.

AKTUELL

St. Gallen plant Jugendtreffen in Auschwitz

Der Kanton St. Gallen will als Folge der Wiederaufnahme des Strafverfahrens gegen den Judenretter Paul Grüninger Aktionen zur Förderung der Völkerverständigung durchführen. Geplant sind internationale Jugendtreffen in Auschwitz, wo sich das grösste Vernichtungslager der Nazis befand. Unabhängig von der rückschauenden Würdigung des Verhaltens einer historischen Persönlichkeit hält die St. Galler Regierung es für dringend notwendig, zukunftsorientierte Massnahmen zu treffen, heisst es in einer Stellungnahme der St. Galler Regierung. Sie soll verhindern, dass wiederum Umstände eintreten, die seinerzeit Paul Grüninger – und nicht nur ihn – in schwerwiegende Gewissenskonflikte gestürzt hätten. Bereits 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs müsse wieder und sogar in nächster Nähe menschenverachtendes Handeln bis hin zum Völkermord festgestellt werden.

Weinbauern erhalten Prämienteil zurück

Das unterdurchschnittliche Schadenjahr der Schweizerischen Hagel-Versicherungs-Gesellschaft wirkt sich für die Landwirtschaft positiv aus. Die Bauern erhalten nämlich bis zu einem Fünftel der bezahlten Bruttoprämien zurückerstattet. Der Versicherung wurden 8500 Fälle von Hagel- und Elementarschäden gemeldet. Dies führte zu einer Entschädigungssumme von rund 32 Mio. Franken. Damit handelte es sich um ein unterdurchschnittliches Schadenjahr. Für die Rebenkulturen werden deshalb 20 Prozent der Bruttoprämien rückerstattet, für Ackerkulturen 15 Prozent und für Kulturen mit erhöhtem Risiko zehn Prozent.

Elektronische Börse: Start am 8. Dezember

Die Elektronische Börse Schweiz (EBS) startet am kommenden 8. Dezember mit dem Computerhandel von Auslandsaktien. Dies beschloss der Verwaltungsrat der Schweizer Börse laut Mitteilung am Dienstag in Zürich. Der Startschuss für die EBS fiel nach einem erfolgreichen Testlauf am vergangenen Samstag. Dabei waren mit allen Beteiligten sämtliche Transaktionen des Handelstags vom 3. März elektronisch nachvollzogen worden. Sowohl das Börsensystem als auch die bankseitigen Applikationen hätten sich dabei bewährt, teilte die Schweizer Börse mit. Der elektronische Börsenhandel, der das bisherige System «a la crie» an den althergebrachten Börsenringen ablöst, wird schrittweise auch bei Schweizer Aktien und Obligationen eingeführt.

Grossbanken nehmen Hypozinsen zurück

Die meisten Schweizer Grossbanken haben am Dienstag ihre Zinssätze für Hypotheken gesenkt. Der Bankverein verbilligt den Hypozins ab April 1996 auf 5,0 Prozent, nimmt aber bereits auf Anfang Jahr auch die Passivzinsen zurück. SKA und SVB gaben eine Hypozinsreduktion bekannt, allerdings ohne Satzangabe. Der Schweizerische Bankverein (SBV) kündigte als erste Grossbank eine Senkung um einen viertel Prozentpunkt auf 5,0 Prozent an. Der Satz gilt im Neugeschäft sofort, bei bestehenden Hypotheken ab 1. April 1996. Der seit März 1993 angewandte Hypo-Richtsatz sei als Minimalersatz für gute, variable, erstrangige Wohnbauhypotheken zu verstehen.

Landtag voraussichtlich im Mai wieder im Regierungsgebäude

Für die provisorische Wiedereinrichtung des ursprünglichen Landtagssaales beantragte die Regierung einen Kredit von 1,060 Millionen Franken

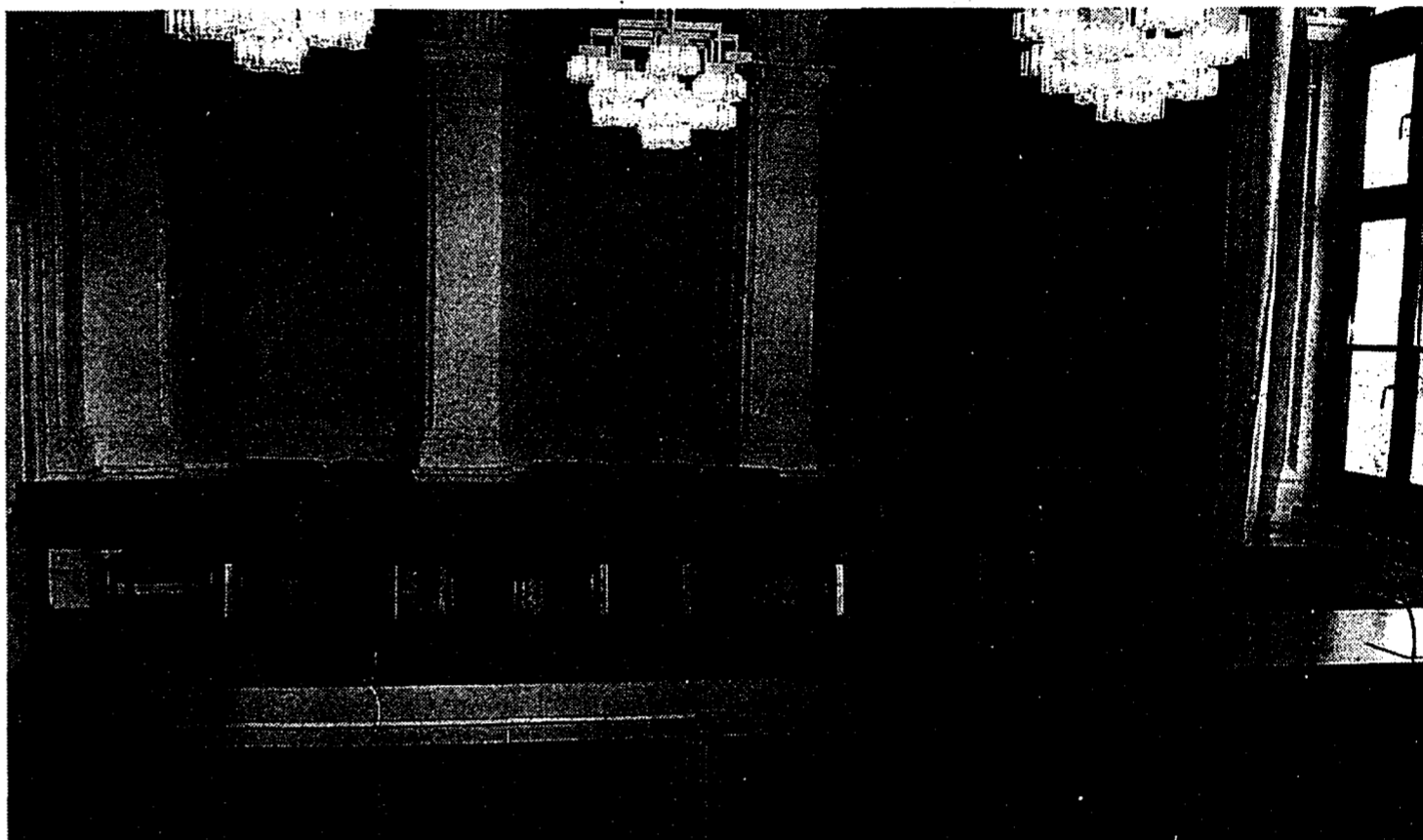
(mö) – Voraussichtlich ab Mai 1996 wird der Landtag seine Sitzungen wieder im ursprünglichen Landtagssaal im Regierungsgebäude abhalten. Für die provisorische Wiedereinrichtung dieses Staatsraumes als Tagungsort hat die Regierung jetzt einen Verpflichtungskredit von 1,060 Mio. Franken beantragt. Der Landtag, der sich im Frühjahr für einen Umzug ausgesprochen hatte, wird in seiner Sitzung vom 6./7. Dezember über diesen Kredit befinden. Ein neues Landtagsgebäude dürfte selbst unter günstigsten Voraussetzungen kaum vor zehn Jahren bezugsbereit sein, hält die Regierung in ihrem Bericht zum Kreditantrag fest.

Der Landtag hat im März dieses Jahres die Regierung mit der planerischen Vorbereitung einer provisorischen Wiedereinrichtung des Landtagssaales im Regierungsgebäude für Tagungszwecke beauftragt. Mit knapper Mehrheit entschieden sich die Abgeordneten dafür, die räumliche Beengtheit in Kauf zu nehmen und diesem Staatsraum den Vorzug gegenüber dem derzeit in der Musikschule eingerichteten Tagungsort zu geben. Allerdings kam damals auch klar zum Ausdruck, dass es sich hierbei um eine provisorische Lösung handeln solle und der Bau eines neuen Landtagsgebäudes dennoch unbedingt erforderlich sei.

Neubau kaum vor 10 Jahren

Die Planung eines neuen, der Funktion und Repräsentation des Parlamentes angemessenen Landtagsgebäudes ist und bleibt auch für die Regierung ein vorrangiges Anliegen, wie aus ihrem Bericht hervorgeht. «Es steht jedoch in Einschätzung der gegenwärtigen politischen und fachlichen Situation fest», schreibt die Regierung dazu, «dass ein neues Landtagsgebäude erst in einigen Jahren realisiert sein dürfte». Selbst unter günstigsten Voraussetzungen für vorbereitende und ausführende Planung und für die anschliessende Bauausführung werde ein neues Parlamentsgebäude kaum vor zehn Jahren bezugsbereit sein.

Schnell und effizient realisierbar wäre laut Regierung lediglich die Wiederaufnahme der bisherigen Planung und die Realisierung des in der Volksabstim-



Für die provisorische Wiedereinrichtung des Landtagssaales im Regierungsgebäude als Tagungsort hat die Regierung einen Kredit von 1,060 Mio. Franken beantragt.

mung von 1993 abgelehnten Projektes – gegebenenfalls in modifizierter Form. Im Rahmen der detaillierten Planung der Hochbauten befasst sich die Regierung nach eigenen Angaben in einer Arbeitsgruppe derzeit auch mit einem neuen Landtagsgebäude. Nach Abschluss dieser Vorarbeiten werde der Landtag über die weiteren Massnahmen und Schritte informiert, heisst es im Bericht.

Kaum Platz für Besucher

Mit der Ausfertigung des Detailprojektes für die Wiedereinrichtung des Landtagssaales im Regierungsgebäude als Tagungsort wurde Architekt Prof. Robert Haussmann aus Zürich beauftragt. Sein Projekt sieht unter bestmöglicher Ausnutzung der gegebenen Raumverhältnisse die Unterbringung der Abgeordneten in vier kreissegmentförmig angelegten Zweier- und Dreierbankreihen vor; 22 Abgeordneten gegenüber angeordnet sind der Landtagspräsident und

die fünf Regierungsmitglieder, seitlich davon die beiden Stimmzähler sowie zwei Mitarbeiter des Landtagssekretariats. Hinter den Sitzreihen der Abgeordneten befinden sich lediglich noch rund zehn Steh- und Sitzplätze für Zuhörer.

Belüftung im Doppelboden

Die räumlichen und installationstechnischen Gegebenheiten bedingen gemäss Bericht der Regierung den Einbau von fix montierten Tischreihen, als Bestuhlung sind verrückbare Einzelstühle vorgesehen. Zur Bewerkstelligung einer annehmbaren künstlichen Belüftung des Raumes ist der behelfsmässige Einbau eines neuen Doppelbodens vorgesehen, unter dem die Führung der Frischluft in Kanälen erfolgt, die möglichst zugerscheinungsfrei über Bodenöffnungen eingeblasen wird. Jeder Arbeitsplatz wird mit einer Mikrofonanlage ausgestattet, ausserdem sollen zwei Kameras installiert werden. Während der

Tagungen soll ein Sitzungszimmer auf dem gleichen Stockwerk als Cafeteria und Aufenthaltsraum dienen.

Erheblich höhere Kosten

Gemäss detaillierter Schätzung belaufen sich die Gesamtkosten des Projektes auf 1,060 Mio. Franken, während eine erste Beurteilung nur Aufwendungen in Höhe von 400 000 Franken erwarten liess. Die Haupt- und Mehraufwendungen gegenüber dieser groben Kostenschätzung (ohne Projekt) liegen gemäss Bericht der Regierung im Einbau des neuen Doppelbodens, in der klimatischen Nachrüstung des Raumes sowie im Einbau des neuen Mobiliars.

Für die Durchführung der Arbeiten ist mit einem Zeitraum von rund vier Monaten zu rechnen. Die Kreditbewilligung vorausgesetzt, könnte der Landtag also voraussichtlich im Mai 1996 seine erste Sitzung im neu eingerichteten Landtagssaal im Regierungsgebäude abhalten.

Radio L: Dicke Luft zwischen Team und Verwaltungsrat

Nach weiteren Entlassungen erstmals offene Unmutsäusserung am Mikrofon – Gestern Lagebesprechung

(M.) – Die Radio L-Suppe dampft. Gestern abend trafen sich Team und Verwaltungsrat des jungen Mediums in Vaduz zu einer Lagebesprechung, an welcher vor allem die vom Verwaltungsrat vorgelegten Reorganisationsmassnahmen diskutiert wurden. Folge dieser Reorganisation sind drei weitere Entlassungen.

Die dicke Luft zwischen dem Radio-Team und dem Verwaltungsrat ist inzwischen erstmals offen am Mikrofon zum Ausdruck gekommen: «Wir haben bei Radio L kein Problem. Wir haben nur einen Verwaltungsrat, der alles im Griff hat», verabschiedete sich der Buchser Radio L-Moderator Philipp Heeb am Montagabend von der Hörschaft und widmete dem Verwaltungsrat gleich noch das nächste Musikstück mit dem wenig schmeichelhaften Titel «Ich finde dich sch...».

Ausgelöst wurde der derzeitige Konflikt durch die aus Spargründen erfolgte Absetzung des Sendeleiters. Im Zuge der Reorganisation kam es zur Kündigung eines Moderators aus Lustenau. Wie Chefredaktor Wilfried Marxer gestern auf Anfrage bestätigte, folgten nun die Kündigungen des erwähnten Moderators aus Buchs sowie einer Mitarbeiterin, die aus eigenen Stücken kündigte. Für ein drittes Redaktionsmitglied soll zudem gemäss dem neuen Organisationskonzept ebenfalls kein Platz mehr bei Radio L sein.

Schlankerer Mitarbeiterstab

Mit einem schlankeren Mitarbeiterstab soll das Radio L-Schiff nach dem Willen des Verwaltungsrates auf Erfolgskurs gebracht werden, nachdem die ersten 100 Tage aus wirtschaftlicher Sicht offenbar nicht zu befriedigen vermochten (das VOLKSBLATT berichtete am 23. November). Wie ein Mitarbeiter ge-

stern erklärte, lässt es das Team vorerst offen, inwieweit es auf diese Reorganisation reagieren wird. Chefredaktor Wilfried Marxer glaubt zwar nicht, dass es gar zu einer offenen Rebellion kommt. Er räumte gestern aber auf Anfrage ein, dass Konflikte bestehen würden, schwächte allerdings ab: «Eine Umorganisation ist nie etwas, das glatt über die Bühne geht».



Der Eindruck täuscht: Bei Radio L herrscht derzeit angesichts von Reorganisationsmassnahmen ein gespanntes Verhältnis zwischen Team und Verwaltungsrat.

Alpenkonvention zum Durchbruch verhelfen

Mehr als 50 Umweltschutzorganisationen haben eine Deblockierung und damit die Ratifizierung der Alpenkonvention durch die Schweiz gefordert. Die Opposition der Regierungskonferenz der Gebirgskantone wurde als unbegründet zurückgewiesen, weil sie die Bergbevölkerung ins Abseits stelle. Die Umweltverbände der Bergkantone sind entschlossen, der «anderen Stimme» aus dem Berggebiet im Zusammenhang mit der Alpenkonvention breites Gehör zu verschaffen, wie sie am Dienstag an einer Pressekonferenz in Bern deutlich machten. Sie haben sich deshalb zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, um ihrer Forderung nach einer Deblockierung der Alpenkonvention zum Durchbruch zu verhelfen. Denn die Alpenkonvention sei ein wichtiges internationales Vertragswerk, das eine nachhaltige Entwicklung des Alpenraumes in der Zukunft gewährleisten wolle. Laut den Umweltverbänden soll der Bundesrat nun als erster Schritt die anstehende Ratifizierung der Rahmenkonvention in die Wege leiten. Die Regierungen der Gebirgskantone sollen ihre unbegründete Obstruktionshaltung gegen die Alpenkonvention aufgeben und im Verhandlungsprozess konstruktiv mitarbeiten.